



RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION

DE

15129/12

(OR. en)

PRESSE 434  
PR CO 56

## MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3194. Tagung des Rates

### Umwelt

Luxemburg, den 25. Oktober 2012

Präsident

**Sofoclis ALETRARIS**

Minister für Landwirtschaft, Naturressourcen und Umwelt  
(Zypern)

## P R E S S E

---

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 2074 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026  
[press.office@consilium.europa.eu](mailto:press.office@consilium.europa.eu) <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

## **Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung**

*Der Rat hat eine Orientierungsaussprache über den Vorschlag für eine Verordnung über das Recycling von Schiffen geführt.*

*Der Rat hat Schlussfolgerungen zu folgenden Themen angenommen:*

- Folgemaßnahmen der Konferenz **Rio+20** der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung, die im Juni 2012 in Rio der Janeiro stattgefunden hatte;*
- Vorbereitungen für die 18. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und für die 8. Tagung der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls (26. November bis 7. Dezember 2012 in **Doha**, Katar).*

## **INHALT<sup>1</sup>**

**TEILNEHMER .....** ..... 4

### **ERÖRTERTE PUNKTE**

Recycling von Schiffen .....	6
Rio + 20 .....	7
Doha .....	7
Sonstiges .....	9

### **SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**

*keine*

<sup>1</sup> • Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.  
 • Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.  
 • Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch \* gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

## TEILNEHMER

**Belgien:**

Philippe HENRY

Minister für Umwelt, Raumordnung und Mobilität

**Bulgarien:**

Nona KARADJOVA

Ministerin für Umwelt und Wasserwirtschaft

**Tschechische Republik:**

Jakub DÜRR

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

**Dänemark:**

Ida AUKEN

Ministerin für Umwelt

Martin LIDEGAARD

Minister für Klima, Energie und Bauwesen

**Deutschland:**

Guido PERUZZO

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

**Estland:**

Keit PENTUS-ROSIMANNUS

Minister für Umwelt

**Irland:**

Phil HOGAN

Minister für Umwelt, Gemeinwesen und örtliche  
Selbstverwaltung

**Griechenland:**

Maria EVANGELIDOU

Generalsekretärin, Ministerium für Umwelt, Energie und  
Klimawandel

**Spanien:**

Miguel ARIAS CAÑETE

Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt

**Frankreich:**

Delphine BATHO

Ministerin für Ökologie, nachhaltige Entwicklung und  
Energie

**Italien:**

Tullio FANELLI

Staatssekretär für Umwelt und Landschafts- und  
Meeresschutz

**Zypern:**

Sofoklis ALETRARIS

Minister für Landwirtschaft, Naturressourcen und Umwelt  
Staatssekretärin, Ministrum für Landwirtschaft,  
Naturressourcen und Umwelt

**Lettland:**

Jurijs SPIRIDONOVS

Unterstaatssekretär, Ministrum für Umweltschutz und  
Regionalentwicklung  
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Juris ŠTĀLMEISTARS

**Litauen:**

Gediminas KAZLAUSKAS

Minister für Umwelt

**Luxemburg:**

Marco SCHANK

Minister für Wohnungsbau, beigeordneter Minister für  
nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur  
Minister für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur

Claude WISELER

**Ungarn:**

Olivér VÁRHELYI

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

**Malta:**

Mario DE MARCO

Minister für Tourismus, Kultur und Umwelt

**Niederlande:**

Joop ATSMA

Staatssekretär für Infrastruktur und Umwelt

**Österreich:**

Harald GÜNTHER

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

**Polen:**

Marcin KOROLEC

Minister für Umwelt

**Portugal :**

Assunçāo Cristas

Pedro AFONSO DE PAULO

Ministerin für Landwirtschaft, Meeresangelegenheiten,  
Umwelt und Raumordnung  
Staatssekretär für Umwelt und Raumordnung

**Rumānien:**

Rovana PLUMB

Ministerin für Umwelt und Forsten

**Slowenien:**

Franc BOGOVIČ

Minister für Landwirtschaft und Umwelt

**Slowakei:**

Peter ŽIGA

Minister für Umwelt

**Finnland :**

Katariina POSKIPARTA

Staatssekretärin

**Schweden:**

Lena EK

Ministerin für Umwelt

**Vereinigtes Königreich:**

Lord de MAULEY

Parlamentarischer Staatssekretär für  
Ressourcenmanagement, lokale Umwelt und  
Umweltwissenschaft  
Minister für Energie und Klimawandel

Minister für Umwelt und Klimawandel (Schottische  
Regierung)

**Kommission:**

Connie HEDEGAARD  
Janez POTOČNIK

Mitglied  
Mitglied

Die Regierung des beitretenden Staates war wie folgt vertreten:

**Kroatien**

Mihael ŽMAJLOVIĆ

Minister für Umwelt- und Naturschutz

## **ERÖRTERTE PUNKTE**

### **Recycling von Schiffen**

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über den Vorschlag für eine Verordnung über das Recycling von Schiffen ([8151/12](#)), der darauf abzielt, die negativen Auswirkungen des Abwrackens von Schiffen unter einer Flagge der EU, vor allem in Südasien, drastisch zu mindern, ohne dadurch unnötige wirtschaftliche Belastungen zu verursachen. Die vorgeschlagene Verordnung wird die frühzeitige Umsetzung des Hongkong-Übereinkommens über das sichere und umweltverträgliche Recycling von Schiffen erleichtern, das im Mai 2009 von der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation angenommen wurde, jedoch noch nicht in Kraft getreten ist.

Die Minister waren aufgefordert, auf der Grundlage eines vom Vorsitz erstellten Fragenkatalogs ([14540/12](#)) insbesondere über folgende Fragen zu beraten: Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit der vorgeschlagenen Verordnung und ihre Wirkung im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit von EU-Schiffen, die Möglichkeit, zusätzliche, über die Vorschriften des Hongkong-Übereinkommens hinausgehende Verpflichtungen einzuführen oder auch nicht, und die detaillierten Vorschriften über Sanktionen, den Zugang zu Gerichten und die Durchsetzung.

Viele Minister begrüßten die vorgeschlagene Verordnung generell als ein Instrument zur Förderung der frühzeitigen Umsetzung des Hongkong-Übereinkommens. Einige Minister äußerten jedoch auch ernste Bedenken in Bezug auf die Angemessenheit regionaler Maßnahmen in der gegenwärtigen Situation, in der das Übereinkommen noch nicht in Kraft sei, sowie in Bezug auf die möglichen Folgen für die europäische Flotte. Ferner wurde hervorgehoben, dass weiterhin an rechtlich einwandfreien und durchsetzbaren Lösungen für einige der heiklen Fragen dieses komplexen Vorschlags gearbeitet werden müsse.

In Bezug auf die zweite Frage unterstrichen die meisten Minister die Notwendigkeit der Kohärenz des Verordnungsentwurfs mit dem Hongkong-Übereinkommen und insbesondere klarer Regeln für die künftige Überarbeitung der Verordnung, wenn das Übereinkommen in Kraft getreten sei.

Schließlich erklärten viele Minister, dass sie es nicht für angemessen halten, spezifische Bestimmungen über den Zugang zu Gerichten in den Verordnungsentwurf aufzunehmen, da dies in den geltenden EU-Rechtsvorschriften bereits geregelt sei; ferner sollte die Festlegung von Maßnahmen im Zusammenhang mit Sanktionen den Mitgliedstaaten überlassen bleiben.

Die Kommission nahm die verschiedenen geäußerten Standpunkte zur Kenntnis, und der Vorsitz erklärte, er werde einen Sachstandsbericht zu diesem Dossier erstellen.

## **Rio + 20**

Im Anschluss an eine Debatte nahm der Rat Schlussfolgerungen ([15477/12](#)) zu den Ergebnissen und Folgemaßnahmen der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (Rio+20) an, die im Juni 2012 in Rio de Janeiro stattgefunden hatte; darin befasst er sich mit der weiteren Arbeit auf globaler und EU-Ebene.

Diese Schlussfolgerungen stellen den ersten offiziellen Standpunkt des Rates zu der Bewertung der Ergebnisse der Rio+20-Konferenz dar. Mit ihnen soll auch eine politische Botschaft ausgesendet werden, in der die Unterstützung der EU und ihrer Mitgliedstaaten für den Rio+20-Folgeprozess bekräftigt wird und Leitlinien für eine Reihe von Fragen vorgegeben werden, über die in den nächsten Monaten beraten werden soll.

Der Rat wird weiterhin in alle Fragen, die auf der Tagung erörtert wurden, sowie in die Folgemaßnahmen und die Umsetzung der Rio+20-Ergebnisse eng eingebunden sein und daran mitwirken. Die Beteiligung und der Beitrag der Zivilgesellschaft, privater und öffentlicher Akteure und anderer EU-Organe, einschließlich des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen, werden als äußerst wertvoll für die künftigen Beratungen betrachtet.

## **Doha**

Der Rat nahm Schlussfolgerungen ([15455/12](#)) zu den Vorbereitungen für die 18. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und für die 8. Tagung der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls (26. November bis 7. Dezember 2012 in Doha, Katar) an.

In diesen Schlussfolgerungen werden die wichtigsten Elemente der EU-Position dargelegt und die Fortschritte beim sogenannten "Durban-Paket" bewertet, das aus drei Verhandlungsteilen besteht:

- der letztes Jahr auf der Konferenz von Durban vereinbarten Verhandlungsschiene Durban-Plattform, über die bis 2015 eine globale Vereinbarung für die Zeit nach 2020 erzielt werden sollte;
- der Verhandlungsschiene Kyoto-Protokoll, die zur Annahme eines zweiten Verpflichtungszeitraums führen sollte;
- der Verhandlungsschiene UNFCCC-Übereinkommen, mit der die noch offenen Fragen geklärt werden sollten.

Die zentralen Aspekte der EU-Position betreffen die Notwendigkeit, das Gleichgewicht des Durban-Pakets zu wahren, indem alle Elemente des Pakets auf der Konferenz in Doha vorangebracht werden:

- Wesentliche Fortschritte in beiden Arbeitsbereichen der Durban-Plattform für verstärktes Handeln (ein Verfahren mit einem vereinbarten Zeitplan, um ein Protokoll, ein anderes Rechtsinstrument oder eine für alle Parteien geltende Vereinbarung mit Rechtswirkung im Rahmen des Übereinkommens zu entwickeln, und ein weiteres Verfahren zur Anhebung der globalen Emissionsreduktionsziele im Zeitraum bis 2020)
- Klärung der offenen Fragen im Hinblick auf die Annahme eines zweiten Verpflichtungszeitraums im Rahmen des Kyoto-Protokolls
- Abschluss der Verhandlungsschiene UNFCCC-Übereinkommen mit aussagekräftigen Ergebnissen u.a. zu einem neuen marktgestützten Mechanismus und zur Anrechnung.

## **Sonstiges**

- Protokoll von Nagoya über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile (Nagoya-ABS-Protokoll)

Der Rat nahm Kenntnis von Informationen der Kommission zu dem von ihr vorgelegten Vorschlag für eine Verordnung über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile in der Europäischen Union ([15383/12](#)).

Die Kommission nahm diesen Vorschlag ([14641/12](#)) am 4. Oktober 2012 an. Durch die vorgeschlagene Verordnung sollen Nutzer genetischer Ressourcen verpflichtet werden, sich zu vergewissern, dass der Zugang zu genetischen Ressourcen und dem damit verknüpften traditionellen Wissen im Einklang mit den im Herkunftsland geltenden Rechtsvorschriften erfolgt ist ("Sorgfaltspflicht") und dass die Vorteile ausgewogen und gerecht aufgeteilt werden.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung sollte direkt mit dem Inkrafttreten des Nagoya-Protokolls verknüpft sein, damit bei Tätigkeiten, die den Zugang zu genetischen Ressourcen und die Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile betreffen, auf EU-Ebene und globaler Ebene gleiche Bedingungen herrschen.

- Die Bedeutung der EU-Rechtsvorschriften für die Erreichung der Umweltziele – das Beispiel der Luftqualität

Der Rat nahm Kenntnis von Informationen der belgischen Delegation ([14811/12](#)) über die Rolle der EU-Rechtsvorschriften bei der Erreichung der Umweltziele, unter besonderer Berücksichtigung des Beispiels der Luftqualität, die tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Gesundheit und Umwelt hat.

- Notwendigkeit kohärenter Rechtsvorschriften der Union über gefährliche Stoffe in Textilien

Der Rat nahm Kenntnis von Informationen der schwedischen Delegation ([14905/12](#)) über die Vorteile, die durch die Arbeit der EU an gemeinsamen Rechtsvorschriften über die Nutzung gefährlicher Stoffe in der Textilindustrie entstehen könnten.

- Leitlinien für die gegenseitige Annahme von Plaketten für Umweltzonen und Austausch bewährter Praktiken

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der tschechischen Delegation ([14965/12](#)) über die Vorteile, die durch ein System der gegenseitigen Anerkennung und des gegenseitigen Austauschs bewährter Verfahren im Hinblick auf Umweltplaketten in der EU entstehen könnten, und in denen sie die Kommission ersucht, hierzu unverbindliche Leitlinien in Betracht zu ziehen.

- ETS/Luftverkehr

Der Rat nahm Kenntnis von mündlichen Erläuterungen der Kommission zum neuesten Stand der Einbeziehung des Luftverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem, insbesondere im Rahmen der ICAO, sowie zu potenziellen bilateralen Beratungen mit Drittländern.

- Zeitlicher Ablauf von Versteigerungen von Treibhausgasemissionszertifikaten ("Backloading") – Sachstand

Der Rat nahm Kenntnis von mündlichen Erläuterungen der Kommission zu ihrem erwarteten Komitologievorschlag betreffend die Änderung der Verordnung Nr. 1031/2010 der Kommission ("Versteigerungsverordnung") und zur "Backloading-Option", die die Kommission zu unterbreiten beabsichtigt.

**SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**

---